

Bosnien und Herzegowina: Neuer Ministerrat in Sicht?

Neun Monate nach den Wahlen ist Bosnien und Herzegowina ohne Regierung. Am 14. Juli scheiterte die Wahl des Soziologie-Professors Slavo Kukić zum Vorsitzenden des Ministerrates von BuH. Dem von Zlatko Lagumdžijas Sozialdemokraten (SDP) und den Bündnispartnern favorisierten Kandidaten gelang es nicht, die Mehrheit der Stimmen im Parlament zu erhalten. Maßgebend hierfür war der Widerstand der Abgeordneten der „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) und der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS).

Mit dem Ende von Kukićs Kandidatur ist der Versuch gescheitert, den gesamtstaatlichen Ministerrat vor der Sommerpause zu bilden. Die Präsidentschaft verkündete, einen neuen Kandidaten erst dann zu nominieren, wenn dieser über genügend politischen Rückhalt verfügt. Damit liegt der Ball erneut im Spielfeld der Parteien. Hier erscheint auf den ersten Blick kein Kompromiss in Sicht. Der Eindruck trügt. Die schlechte Haushaltslage in den Entitäten übt auf die politischen Akteure Druck aus, sich zu einigen. Fest steht, dass der künftige Vorsitzende aus den Reihen der HDZ-Parteien stammen muss. Martin Raguž (HDZ 1990) gilt als aussichtsreicher Kandidat. Er könnte auf breite politische Unterstützung rechnen.

Pattsituation nach den Wahlen

Ausgangspunkt für die schwierige verhandlungspolitische Lage ist die Pattsituation nach den Parlamentswahlen. Im Abgeordnetenhaus der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina verfügen Zlatko Lagumdžijas „Sozialdemokratische Partei“ (SDP BiH) und Milorad Dodiks „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) über die meisten Sitze (jeweils 8 von 42). Die kroatischen Parteien, die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien und Herzegowina“ (HDZ BiH) und die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990“ (HDZ 1990), die in Allianz mit der „Kroatischen Partei des Rechts“ (HSP) bei den Wahlen ins Rennen gegangen war, haben zusammen über fünf Sitze, wobei zwei davon auf das Wahlbündnis HDZ 1990 und HSP entfallen. Dahinter liegt mit einem Sitz die „Volkspartei durch Arbeit zum Erfolg“ (Narodna Stranka Radom za Boljitak) des Fleischunternehmers Mladen Ivanković-Lijanović.

Bei den bosniakischen Parteien hält die „Allianz für eine bessere Zukunft Bosnien und Herzegowinas“ (SBBBIH) des bosniakischen Medienmoguls Fahrudin Radončić vier Sitze. Dieser Erfolg ging auf Kosten der „Partei für Bosnien und Herzegowina“. Sie entsendet nur noch zwei Abgeordnete ins Parlament.

BuH (davor acht).¹ Die „Partei der Demokratischen Aktion“ von Sulejman Tihić (SDA) ist die führende bosniakische Kraft. Sie ist mit sieben Sitzen im Parlament vertreten.

Unter den serbischen Parteien ist neben Milorad Dodiks SNSD der ehemaligen „Kardžić-Partei“, die „Serbische Demokratische Partei“ (SDS), der Einzug ins Parlament gelungen. Sie hält vier Sitze, ein Sitz mehr als in der letzten Legislaturperiode; die „Partei des Demokratischen Fortschritts“ (PDP) des Wirtschaftsprofessors Mladen Ivanić ist lediglich mit einer Abgeordneten vertreten.

Die Sitzverteilung macht deutlich, keine Partei verfügt über die notwendige Mehrheit, die Regierung allein zu stellen. Die Bildung einer Koalition ist unumgänglich. Der Auftrag zur Regierungsbildung richtet sich in erster Linie an die sozialdemokratischen Parteien SDP und SNSD, da diese die stärksten Parlamentsfraktionen stellen. Allerdings zeigen sich ihre beiden Vorsitzenden, Zlatko Lagumdžija (SDP) und Milorad Dodik (SNSD), wenig zur Zusammenarbeit bereit. Ursache ist Lagumdžijas Bestreben, ein Regierungsprogramm zu verabschieden. Im Mittelpunkt steht der Wunsch nach einer strukturellen Verfassungsreform. Hier ist der Konflikt mit Dodik unausweichlich. Eine solche Reform lehnt er entschieden ab. Dodik fürchtet, dadurch die Autonomie der Republika Srpska zu beschneiden; ein gemeinsames Programm ist aus seiner Sicht unmöglich.

Der Machtkampf: Entität vor Gesamtstaat

Um ihre Machtposition in den Koalitionsverhandlungen zu verbessern, schlossen SDP und SNSD Bündnisse. Diese Allianzen bildeten die Grundlage für die Entstehung zweier Machtblöcke. Während Zlatko Lagumdžija

die sogenannte „Plattform“² gründete und dafür die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA), die „Partei des Rechts“ (HSP) und die Partei „Durch Arbeit zum Erfolg“ (NSRzB) gewann, schloss Dodik ein Abkommen mit der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS). Darüber hinaus sicherte er sich die Unterstützung der „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft BuH“ (HDZ BuH). Dodik nutzte die Unzufriedenheit der HDZ mit der politischen Lage der Kroaten in Bosnien und Herzegowina, um sie auf seine Seite zu ziehen. Er äußerte sich besorgt über ihre Stellung in der Föderation. Seit Jahren lamentieren die HDZ-Parteien, gegenüber Bosniaken und Serben benachteiligt zu sein. Die Präsidentschaftswahlen dienen ihnen als Beleg.³ Dodiks Kalkül war klar. Indem er sich zum Fürsprecher der HDZ-Anliegen machte, wollte er die Annäherung der Kroaten an die SDP verhindern. Auch die HDZ versprach sich Vorteile vom Bündnis mit ihm. Sie hofft mit Dodiks Hilfe, das Wahlgesetz zu ändern. Gleichzeitig strebt sie danach, die Autonomie in den kroatisch geprägten Kantonen in der Herzegowina auszubauen.⁴

Obgleich die Frage nach der „Gleichstellung der Kroaten in BuH“ (*ravnopravnost*) in den Medien diskutiert wurde, bei den machtpoliti-

² Die Plattform beinhaltet ein Dokument, das aus der Feder der Sozialdemokraten stammt und eine Reihe von Reformvorschlägen enthält. Im Mittelpunkt steht der Wunsch nach einer strukturellen Verfassungsreform. Sabina Wölkner, Ivana Marić: Bosnien und Herzegovina: Von der „doppelten“ Krise zur Systemkrise, KAS-Länderbericht vom 31. März 2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_22439-1522-1-30.pdf?110413183103.

³ Der Amtsträger des kroatischen Sitzes im Präsidium, der Sozialdemokrat Željko Komšić (SDP), verdankt seinen Wahlsieg bosniakischen Stimmen. Er ist in den Augen der HDZs deshalb unrechtmäßig. Das Wahlgesetz des Landes lässt es zu, dass Bosniaken auch für einen kroatischen Kandidaten stimmen können. Sabina Wölkner, Ivana Marić, Sabrina Isić: Neuer Wein in alten Schläuchen? Bosnien und Herzegovina hat gewählt, KAS Länderbericht Bosnien und Herzegovina vom 6. Oktober 2010, http://www.kas.de/wf/doc/kas_20748-1522-1-30.pdf?101013153127.

⁴ So wurde eine Kroatische Akademie der Wissenschaften in Mostar gegründet. Gleichzeitig streben die Parteien nach eigenen Vertretungen in Brüssel, Berlin und Washington.

¹ Vgl. Centralna Izborna Komisija Bosna i Hercegovina, Potvrđeni Rezultati Općih Izborna 2010 Godine, in: www.izbori.ba, 15.11.2010

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

Juli 2011

schen Überlegungen von SNSD und SDP spielte sie eine untergeordnete Rolle. Die Sozialdemokraten und Dodiks Allianz nutzten die Unzufriedenheit der HDZ-Parteien, um sich deren Unterstützung zu sichern. Dabei ging die Rechnung der SDP nicht auf, die HDZ 1990 auf ihre Seite zu ziehen. Božo Ljubić, Vorsitzender der „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft 1990“ (HDZ 1990) entschied sich, in Dodiks Lager zu folgen. Ljubićs Seitenwechsel zementierten die politische Patt-Situation. Keines der beiden Lager war stark genug, um die gesamtstaatliche Regierung auf eigene Faust zu bilden. Nur die Annäherung zwischen SDP und SNSD hätte dies ändern können. Doch daran hatten die beiden Vorsitzenden Lagumdžija und Dodik kein Interesse. Dafür gab es Gründe. Während die Sozialdemokraten von Lagumdžija nach starken zentralstaatlichen Institutionen streben, macht Milorad Dodik keinen Hehl daraus, dass er den Gesamtstaat BuH ablehne.⁵ Er bestreitet, dass Bosnien und Herzegowina überhaupt ein Staat sei⁶. Dabei spielt ihm die politische Patt-Situation in die Hände. Je länger sich in Bosnien und Herzegowina die Regierungsbildung hinzieht, um so eher glaubt er, auch die internationale Gemeinschaft davon überzeugen zu können.

Dodiks Ablehnung des Gesamtstaats war ein wesentlicher Grund, warum die SDP die Regierungsverhandlungen mit der SNSD nicht forcierte. Der Preis einer Koalition wäre hoch und das Risiko groß, in einer gemeinsamen Regierung das eigene Profil zu verlieren. Für beide, SNSD und SDP, stand zudem die Bildung der Regierungskoalitionen in den Enti-

täten im Vordergrund: die Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und Republika Srpska (RS). Dies ist verständlich. Nach wie vor liegen die zentralen Befugnisse auf dieser Ebene, der Gesamtstaat verfügt über wenige Schlüsselkompetenzen. Zudem schreibt das Wahlgesetz des Landes vor, dass Legislative und Exekutive in den Entitäten konstituiert sein müssen, bevor das Parlament und die Regierung des Gesamtstaats ihr Amt übernehmen.⁷

Für Dodik war die Machtsicherung in der Republika Srpska (RS) einfach. Die SNSD hat dort eine dominierende Stellung. Die SDP musste nach Jahren auf der Oppositionsbank größere Anstrengungen unternehmen, um an die Macht zu gelangen. Das Eingreifen des Hohen Repräsentanten (HR), Valentin Inzko, in die Regierungsbildung der Föderation kam da gerade recht. Der HR suspendierte am 28. März die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission. Darin erklärte die Kommission die vorgezogene konstituierende Sitzung des föderalen Parlaments vom 18. März für ungültig.⁸ Indem Inzko die Entscheidung der Kommission aufhob, machte er den Weg frei für eine SDP-geführte Föderationsregierung.⁹ Sein Eingreifen hatte auch für den Gesamtstaat Konsequenzen. Der Eifer der SDP nahm ab, die Koalitionsverhandlungen mit der SNSD voranzutreiben. Die Erklärung liegt auf der

5 Darauf weist Dodik regelmässig hin. Zuletzt in einem Interview mit dem Standard. „Wir trauen den guten Absichten der Muslime nicht, Interview vom 10. Juli 2011, in: derStandard, <http://derstandard.at/1308680841485/Dodik-im-Interview-Wir-trauen-den-guten-Absichten-der-Muslime-nicht>.

6 Dodik: BiH nije država niti će ikada to biti, in Dnevnik.ba, 24.7.2011, <http://www.dnevnik.ba/novosti/bih/dodik-bih-nije-dr%C5%BEava-niti-%C4%87e-ikada-biti>.

7 Wahlgesetz Bosnien und Herzegowina: <http://www.izbori.ba/documents/ZAKONI/POIZpw110508.pdf>.

8 Die Sitzung fand auf Initiative der Sozialdemokraten und ihrer Bündnispartner statt. Allerdings hatten diese die Sitzung einberufen, ohne das Ende der Nominierung der Delegierten der föderalen Volkskammer, der zweiten Parlamentskammer, abzuwarten. Dies war aus Sicht der Kommission ein Verstoß gegen das Wahlgesetz.

9 Die offizielle Begründung lautete, die Kommission sei nicht befugt, die Regierungsbildung für ungültig zu erklären. Der eigentliche Grund lag jedoch woanders. So blockierten die HDZ-Parteien den Nominierungsprozess der Delegierten für das föderale Haus der Völker. Beide Parteien wollten dadurch ihre Position in den föderalen Koalitionsverhandlungen verbessern. Die Suspendierung der Entscheidung der Wahlkommission beendete die HDZ-Blockade. Sabina Wölkner, Ivana Marić: Bosnien und Herzegowina: Von der „doppelten“ Krise zur Systemkrise, KAS-Länderbericht vom 31. März 2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

Juli 2011

Hand: Nachdem es Lagumdžija gelungen war, sich die Vorherrschaft in der Föderation zu sichern, wurde die Vakanz im Gesamtstaat für ihn erträglich.

Kern des Streits: Vorsitz im Ministerrat

Die Verlierer im föderalen „Koalitionspoker“ waren die HDZ-Parteien. Bedingt durch ihre Forderung, alle „kroatischen Posten“ für sich zu beanspruchen, schieden sie als Koalitionspartner für die SDP aus.¹⁰ Die Sozialdemokraten erheben ebenfalls Anspruch auf diese Posten. Da beide Seiten nicht zum Nachgeben bereit waren, platzten die Verhandlungen. Die SDP bildete mit ihren Koalitionspartnern SDA, HSP und NSRzB die Föderationsregierung. Sie war auf die Stimmen der HDZs nicht angewiesen.¹¹

Dies gilt nicht für die gesamtstaatliche Ebene. Hier gestalten sich die Verhandlungen komplexer. Dodiks SNSD ist mit der SDP auf Augenhöhe. Beide haben die gleiche Anzahl von Sitzen im Parlament. Ohne eine Annäherung zwischen beiden Parteien erscheint eine Lösung schwierig. Hinzu kommt die wachsende Rolle der beiden HDZs in den Verhandlungen. Diesen Einfluss haben sie Dodik zu verdanken. Der SNSD-Chef macht sich für ein „ethnisches Rotationsprinzip“ im Ministerrat stark.¹² Ein solches Prinzip käme in der neuen Regierung den Kroaten zu Gu-

te. Nach Nikola Špirić (SNSD), dem serbischen Vorsitzenden des Ministerrats, wären nun sie an der Reihe, diesen Posten zu bestellen. Dodik geht noch einen Schritt weiter: Der Kandidat darf sich nur aus den Reihen der beiden HDZs rekrutieren.¹³

Dodiks Forderung stieß bei Lagumdžija auf taube Ohren. Die SDP schlug einen eigenen Kandidaten vor: Slavo Kukić. Kukić war zwar Kroat, allerdings parteilos. Zudem war er Vorstandsvorsitzender der föderalen Radio- und Fernsehanstalt (FTV), ein Fernsehsender, der für seine Nähe zur SDP bekannt ist. Dodiks Reaktion kam postwendend. Er warf der SDP vor, den Vorsitz durch die Hintertür an sich zu reißen. Auch der Widerstand der HDZs war vorprogrammiert. Sie hatten ihre Kandidatin, Borjana Krišto (HDZ BuH), bereits nominiert. Krišto war für die SDP und ihre Bündnispartner jedoch inakzeptabel. Insbesondere in der „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) regte sich Widerstand. Die SDA lehnte sie wegen ihrer dürftigen Resultate als Föderationspräsidentin ab.¹⁴ Da beide Seiten auf ihren Kandidaten beharrten, kam es zum Machtkampf. Darin spielte auch das Präsidium des Landes eine Rolle. Das Gesetz sieht vor, dass es einen Kandidaten auswählt und diesen anschließend dem Parlament zur Abstimmung vorschlägt.¹⁵ Die Präsidiumsmitglieder nominierten entsprechend ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit: Während das bosniakische Mitglied Bakir Izetbegović (SDA) und der kroatische Amtsträger Zeljko Komšić (SDP) Kukić den Vorzug gaben, unterstützte der Vorsitzende der Präsidentschaft, Nebojša Radma-

¹⁰ Diesen Anspruch leiten sie aus ihrem Wahlergebnis ab. Beide HDZ-Vorsitzenden sprechen davon, über 90 Prozent der Stimmen aus dem kroatischen Wählerspektrum in BuH erhalten zu haben. Dieser Prozentsatz ist allerdings nicht eindeutig nachgewiesen, da auch die SDP, HSP und NSRzB Kroaten unter ihren Wählern haben. Analiza Vecernjeg lista, Vecernji.ba:

www.vecernji.ba/vijesti/hdz-bih-hdz-1990-kontrolirajupet-zupanija-22-hrvatske-opcine-clanak-249746, 08.02.2011. ¹¹ Daran konnte auch ein unter Leitung der internationalen Gemeinschaft vermittelten Kompromissvorschlag nichts ändern. Diesen schlugen die HDZ-Parteien aus. Hier wäre zwar der Löwenanteil an die HDZs gefallen. Er sah jedoch vor, die kroatischen Posten mit der SDP zu teilen. Dazu waren die HDZs nicht bereit. Sabina Wölkner, Ivana Marić: Bosnien und Herzegovina: Von der „doppelten“ Krise zur Systemkrise, KAS-Länderbericht vom 31. März 2011, <http://www.kas.de>.

¹² Es handelt sich um ein informelles Prinzip, dass einige national orientierte Parteien versuchen, im Auswahlverfahren im Ministerrat zu verankern. Diese Regel ist jedoch nicht Teil der Dayton-Verfassung.

¹³ Dodik poručio Lagumdžiji: nećeš biti šef diplomacije, in: Dnevnik.ba, 24.7.2011, <http://dnevnik.ba/novosti/bih/dodik-poru%C4%8Dio-lagumd%C5%BEiji-ne%C4%87e%C5%A1-biti-%C5%A1ef-diplomacije>.

¹⁴ Za SDA Krišto neprihvatljiva, in: Glas Srpske, 20.07.2011, <http://www.glassrpske.com/vijest/2/novosti/60906/lat/Za-SDA-Kristo-neprihvatljiva.html>.

¹⁵ Wahlgesetz Bosnien und Herzegovina: <http://www.izbori.ba/documents/ZAKONI/POIzpw110508.pdf>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
SABINA WÖLKNER

Juli 2011

nović (SNSD), Krišto.¹⁶ Am Ende war Radmanović jedoch gezwungen, die Empfehlung für Kukić zu unterschreiben. Izetbegović und Komšić hatten ihn durch ihr Votum überstimmt. Damit erwiesen die beiden Präsidiumsmitglieder Kukić einen Bärendienst. Dieser fiel in beiden parlamentarischen Abstimmungsrunden durch. Er scheiterte am so genannten „Entitätsvotum“. Ihm fehlte in beiden Anläufen ein Drittel der Stimmen der Abgeordneten aus der RS. Das Nein-Votum der SNSD war hier ausschlaggebend.¹⁷

Mit Kukićs Ausscheiden war der Versuch gescheitert, einen gesamtstaatlichen Ministerrat vor der Sommerpause zu bilden. Die Präsidentschaft zog daraus Konsequenzen. Sie verkündete, erst dann einen neuen Kandidaten zu nominieren, wenn dieser über genügend Rückhalt verfügt. Im Klartext: Die Parteien müssen sich auf eine Person einigen.¹⁸ Diese Aufforderung richtete sich vor allem an SDP und SNSD. Das Scheitern von Kukić machte deutlich, dass ohne die Zustimmung beider Parteien kein Kandidat die Abstimmungshürden im Parlament passieren kann. Die SDP erkannte, dass sie an einem Kompromiss mit Dodik nicht vorbeikommt. Sie erklärte sich bereit, einen HDZ-Politiker für den Vorsitz zu akzeptieren. Den HDZ-Kroaten ist damit ein wichtiger Etappensieg gelungen.

Trotz der Annäherung zwischen SDP und SNSD bleibt die Suche nach einem Kompromisskandidaten schwierig. Denn Čović und Ljubić beharren auf Krišto. Diese kommt für SDP und SDA nach wie vor nicht in Frage. Die Haltung der HDZ-Vorsitzenden könn-

te sich jedoch ändern. Um Bewegung in die Lage zu bringen, scheint Dodik bereit zu sein, einen anderen Vorschlag zu akzeptieren. Dies übt Druck auf die HDZs aus, ihre Nominierung zu überdenken.¹⁹

Wachsender Handlungsdruck

Ausschlaggebend für die neue parteipolitische Dynamik ist die schlechte Haushaltslage in den Entitäten des Landes. Diese setzt SDP und SNSD unter Druck. Der Föderation BuH und Republika Srpska steht das Wasser bis zum Hals. Die Defizite wachsen.²⁰ Beide Entitäten brauchen dringend Kredite, um ihre Haushalte zu stabilisieren. Insbesondere in der RS hat sich die Lage verdüstert. Die Probleme sind überwiegend hausgemacht. Die Entität lebte jahrelang über ihre Verhältnisse. Das Geld fehlt nun an allen Ecken und Enden. Das, was die Privatisierung der RS-Telekom in die öffentlichen Kassen spülte, ist aufgebraucht.²¹ Auch die Arbeitslosenzahlen steigen.²² Dies schafft Unruhe bei den Menschen. Die Unzufriedenheit wächst. Proteste in den staatlichen Betrieben mehren sich.²³ Das alles kratzt an Dodiks Ruhm und untergräbt sein Bestreben, die RS zum Vorbild zu machen. Seinem Premierminister Aleksandar Đžombić gehen die Erfolgsmeldungen aus. Für Dodiks SNSD besteht die Gefahr, dass die Men-

16 Der dritte Kandidat war Mladen Ivanković Lijanović (NS RZB). Er hatte jedoch keine Chance und schied wie Krišto aus.

17 Für den Wahlsieg benötigte Kukić 22 von 42 Stimmen im Abgeordnetenhaus des Parlaments BuH. Aus den Entitäten muss jeweils Ein-Drittel der Stimmen stammen, d.h. mindestens 9 Stimmen aus der Föderation, 5 aus der RS.

18 Predsjedništvo BiH rješava problem: Da se Kukić ne ponovi, in: Oslobođenje, 18. Juli 2011, S. 2.

19 Lagumdžija: "Odgovarajući kandidat HDZ-a bio bi podržan za mandatara Vijeća ministara BiH", in: vijesti: <http://www.24sata.info/vijesti/politika/68930-Lagumdžija-Odgovarajuci-kandidat-HDZ-bio-podrzan-mandatara-Vijeca-ministara-BiH.html>.

20 Das Defizit beträgt im föderalen Haushalt in diesem Jahr 252 Mio. KM (ca. 126 Mio. Euro), in der RS sind es 283 Mio. KM (ca. 141,5 Mio. Euro). Deficit u kasi Srpske 667 miliona maraka, in: Blic online, 22.06.2011, <http://www.blic.rs/Vesti/Republika-Srpska/261395/Deficit-u-kasi-Srpske-667-miliona-maraka>.

21 Vgl. Slijedi totalni kaos: Potrosen skoro sav novac od prodaje Telekomu u Republici Sprskoj, in: 24sate.info, 5. Mai 2011, <http://www.24sata.info>.

22 Der Gewerkschaftsverband der RS gab bekannt, dass seit Beginn dieses Jahres jeden Monat ca. 4000 Menschen ihre Arbeit verloren haben. Damit stieg die Zahl der Arbeitslosen um nahezu 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Derzeit sind ca. 151000 Menschen in der RS arbeitslos. U RS svakog mjeseca posao izgubi 4000 ljudi, in: Dnevni Avaz, 9. Juni 2011, S. 10.

23 Štrajkači u ponedjeljak ispred Vlade RS-a, in: sutra, 20.06.2011, <http://www.sutra.ba/novost/34686/Strajkaci-u-ponedjeljak-ispred-Vlade-RS-a>.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

Juli 2011

schen sich bei den nächsten Wahlen dafür revanchieren.

Die schlechte Haushaltslage gilt erst recht in der Föderation. Diese ist für ihre Misswirtschaft berüchtigt. Allein der komplexe Verwaltungsaufbau verschlingt jedes Jahr den Löwenanteil im öffentlichen Haushalt. Gleichzeitig fördern die opaken Strukturen Korruption und schrecken Investoren ab. Diese machen um Bosnien und Herzegowina einen Bogen. Zahlen belegen dies. So sind die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) im letzten Jahr eingebrochen. Dies gilt vor allem für Investitionen aus Deutschland.²⁴ Noch schwieriger ist die Situation für lokale kleinere und mittlere Unternehmen. Sie können dem hohen Abgabendruck kaum standhalten und müssen häufig schließen.²⁵ Sie kämpfen an mehreren Fronten. So etwa gegen die administrativen Hürden. Jedes Jahr empfiehlt der Foreign Investment Council, diese Hürden abzubauen, um das Investitionsklima in BuH zu verbessern.²⁶

Die schlechte Haushaltslage zwingt die Entitäten zu unpopulären Sparkursen. Doch diese Maßnahmen reichen nicht, um die Ausgaben zu drosseln und alle Haushaltsposten zu bedienen. Dafür benötigen sie die Unterstützung internationaler Geldgeber. Für den Erhalt dieser Mittel ist die Konstituierung des neuen Ministerrats Bedingung. Denn dieser bildet den Finanzrat. Der Rat ist wichtig, er verteilt die Kredite an die verschiedenen Ebenen des Landes, darunter auch die Entitäten. Das gilt ebenfalls für die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF). Insgesamt

stellt der Fonds BuH für den Zeitraum von drei Jahren einen Gesamtbetrag von 1,5 Milliarden Euro bereit. Das Geld wird in Tranchen überwiesen. Neue Überweisungen stehen jedoch vorerst nicht an. Diese sind daran gekoppelt, dass die Regierung einen Finanzrat bildet sowie eine vernünftige Strategie zur künftigen Haushaltspolitik vorlegt.²⁷ Doch dazu muss es diese Regierung erst einmal geben. Hier liefern jüngste Entwicklungen Anlass zur Hoffnung. Neuerdings signalisiert Dodik Interesse an einer raschen Einigung. Sein Motiv ist klar: Er braucht den Finanzrat, um die notwendigen Kredite für seine Entität abzurufen. Doch die Gelder des Internationalen Währungsfonds (IWF) stellen nur eine vorübergehende Lösung dar. Sie stopfen lediglich die akuten Haushaltslöcher. Strukturelle Investitionen, die das Land so dringend braucht, lassen sich dadurch nicht finanzieren. Dafür sind die Mittel des IPA-Fonds (Instrument zur Heranführung an die EU) besser geeignet. Diese sind in verschiedenen Bereichen einsetzbar und sollen dem Land helfen, eine nachhaltige Entwicklung in die Wege zu leiten. Doch um diese Gelder abzurufen, bedarf es Pläne für den Einsatz und die Bewirtschaftung dieser Mittel. Dafür muss eine Regierung vorhanden sein.²⁸

Hoffnung auf eine baldige Regierung?

Der Druck auf den Entitäten zwingt SNSD und SDP wieder das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Handfeste Eigeninteressen haben die Parteivorsitzenden zum Umdenken bewegt. Dies gilt vor allem für Dodik. Die schlechte wirtschaftliche Lage in der RS zwingt ihn dazu, die rasche Bildung

24 So sank die Zahl der FDI aus Deutschland von 24 Mio. Euro (2008) auf 7 (2010). Die gesamten FDI in BuH betrugen 701 Mio. Euro (2008) und 359 Mio. Euro (2010). Im regionalen Vergleich nimmt BiH den letzten Platz hinter Mazedonien, Serbien, Kroatien ein. Podaci UNKTAD-a: BiH na posljednjim mjestu po direktnim inostranim investicijama, in: Moje Vijesti, 28.07.2011, www.mojevijesti.ba.

25 Mjesecno se u BiH zatvori nekoliko stotina preduzeca, in: Dnevni Avaz, 9. Juni 2011, S. 22.

26 Foreign Investment Council: <http://www.fic.ba/recommendations.html>.

²⁷ International Monetary Fund: <http://www.imf.org/external/country/BIH/rr/2011/071911.pdf>.

²⁸ Paola Pampaloni: BiH gubi desetine miliona iz fondova, in: MOJ Portal, 16.12.2010, www.mojportal.ba/novost/65529/bih-gubi-desetine-miliona-iz-fondova, sowie: Ambasador Poljske u BiH Jerzy Chmielewski: Ulazak u EU je nesto kao brak! In: Dnevni Avaz, 02.07.2011, in: www.dnevni.ba.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER

Juli 2011

einer gesamtstaatlichen Regierung zu unterstützen. Doch Dodiks Einlenken allein ist nicht genug, um die politische Blockade zu überwinden. Wichtig wäre es, einen Kandidaten für den Vorsitz im Ministerrat zu nominieren, der auf die Unterstützung aus beiden Lagern rechnen kann. Diese Entscheidung kann nicht ohne die HDZs fallen. Beide spielen in den Verhandlungen das „Zünglein an der Waage“. Dies gilt allerdings nur, wenn sie einen Kandidaten nominieren, der auf breiten Zuspruch rechnen kann. Einige Namen sind bereits im Gespräch. Gute Chancen hat Martin Raguž, stellvertretender Vorsitzender der HDZ 1990. Er genießt Respekt bei allen relevanten Parteien in BuH und wäre in der Lage, die notwendigen Mehrheiten im Parlament zu sichern. Sein Problem ist jedoch, dass er nicht den „Stallgeruch“ der HDZ BuH trägt. Diese hat bei den Koalitionsgesprächen das Ruder übernommen und scheint wenig gewillt, den Vorsitz im Ministerrat der HDZ 1990 zu überlassen. Doch Raguž will für seine Nominierung kämpfen.²⁹ Die jüngsten Treffen zwischen dem HDZ-Chef Čović und SDP-Vorsitzenden Lagumdžija deuten darauf hin, dass neue Vorschläge im Spiel sind.³⁰

Gelingt es den Parteien, sich zu einigen, wäre nicht ausgeschlossen, dass Bosnien und Herzegowina bald einen neuen Ministerrat erhält. Dies wäre wichtig, um sich den strukturellen Herausforderungen zu widmen, die für den Fortgang der EU-Integration des Landes entscheidend sind.³¹ Bosnien und

Herzegowina hat vor, bis zum Jahresende einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen.³²

²⁹ KOALICIJA POD UPITNIKOM Preispituju odnose s HDZ-om BiH, In: Otvoreno.ba, 27.07.2011, <http://www.otvoreno.ba/section-blog/1-sljajd/25133-koalicija-pod-upitnikom-preispituju-odnose-s-hdz-om-bih-30> Dario Pušić: Čović i Lagumdžija počinju pregovore o Vijeću ministra, in: Dnevni list, 19.07.2011, http://www.dnevni-list.ba/index.php?option=com_content&view=article&id=20674:ovi-i-lagumdžija-pojnu-pregovore-o-vijeu-ministara-&catid=11:izdvojeno2&Itemid=11.

³¹ Hierzu zählen die Implementierung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall „Finci/Sejdic gegen BuH“, die Einrichtung einer Agentur zur Überwachung der Staatsbeihilfen und die Verabschiedung eines Gesetzes zur Volkszählung.

³² Lajčak: "Kandidatski status je realan, ako BiH uradi svoj dio", in: Vijesti, 27.02.2011, <http://www.vijesti.ba/politika/32702-Lajcak-Kandidatski-status-realno-ako-BiH-uradi-svoj-dio.html>.